

Kölner Stadt-Anzeiger

17.06.2015, Seite 4

Flüchtlinge als Chance

**Europa muss anders mit denjenigen umgehen, die auf dem Kontinent Schutz suchen.
Denn sie können helfen, unsere Gesellschaft weiterzuentwickeln**

Vor den Toren Europas im Mittelmeerraum spielen sich immer wieder Dramen mit Tausenden von Flüchtlingen ab. Auch weltweit sind Menschen auf der Flucht, insgesamt wohl weit mehr als 50 Millionen. Diese Flüchtlinge, Asylsuchende, Binnenvertriebene fliehen vor den Folgen von Kriegen, Menschenrechtsverletzungen und Naturkatastrophen und sind ohne Schutz und sichere Bleibe. Leider ist zu erwarten, dass sich dies künftig weiter fortsetzen wird.

Europa, das sich so gerne als "Wertegemeinschaft" feiern lässt, ist in besonderem Maße gefordert. Denn die Lasten der Weltgemeinschaft sind bei der Flüchtlingsfrage sehr ungleich verteilt. Nur knapp 17 Millionen Menschen gelten in strikter völkerrechtlicher Definition als Flüchtlinge, denn zwei Drittel fliehen innerhalb der Grenzen ihres Landes und neun von zehn der Fliehenden leben in Entwicklungsländern. Die meisten Flüchtlinge schaffen es bestenfalls in ein Nachbarland. Trotz aller Aufmerksamkeit, die Flüchtlingsströme in Europa erfahren, handelt es sich bei uns immer noch um sehr kleine Zahlen.

Mit der Dublin-Vereinbarung hat sich ein Großteil Europas bequem eingerichtet. Flüchtlinge können danach nur in dem Land Asyl beantragen, in dem sie zum ersten Mal den Boden der Gemeinschaft betreten haben. Naturgemäß sind dann Grenzstaaten im Süden wie Italien, Griechenland und Spanien besonders betroffen. Es erzeugt auch Spannungen zwischen den Staaten, wenn die korrekte Umsetzung der Dublin-Regelung zum Drohszenario bei anderen innereuropäischen Verhandlungen gerät, wie dies etwa durch griechische Politiker im Rahmen der Euro-Rettungsdebatte geschah. Flüchtlinge sind aber keine Spielfiguren im europäischen Interessensgeschacher.

Die Europäische Kommission hat deshalb zu Recht eine neue Flüchtlingsstrategie initiiert, die auf die Aufgabe der Dublin-Strategie hinausläuft. Aber die darin vorgesehene, überfällige Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Mitgliedsstaaten nach einem Quotensystem wird aus nationaler Engstirnigkeit in vielen Ländern kategorisch abgelehnt. Eine solche Quote könnte sich an Kriterien wie Bevölkerungsgröße, Bruttoinlandsprodukt, Arbeitslosenzahlen und der Größe der ethnisch relevanten Diaspora, die bereits im jeweiligen Land ist, orientieren. Es bleibt zu hoffen, dass sich in dieser entscheidenden Frage noch Rationalität und gemeinsame europäische Solidarität zeigen.

Denn wer glaubt, das Problem durch Maßnahmen wie eine Zerschlagung der Schlepperbanden und ihrer Schiffe, durch Abwehrverträge mit Anrainerstaaten und Flüchtlingslager in Nordafrika in den Griff bringen zu können, der wird scheitern. Europa ist keine abgelegene Insel. Rund um den Mittelmeerraum gibt es zahlreiche Flüchtlingsrouten zu Wasser und zu Land.

Deshalb muss sich Europa also zunächst dazu durchringen, die Flüchtlings- und Asylfrage durch eine Festlegung von Aufnahme- und Verteilquoten solidarisch zu lösen. Sodann sollten Anrainerstaaten von für uns relevante Konfliktregionen wie die Türkei, die zentrale Aufnahmelasten tragen, in das Gesamtkonzept eingebunden werden: Wenn Europa Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber vermehrt aus Krisenregionen direkt aufnimmt, werden der illegale Zuwanderungsdruck und das Leid geringer.

Wir brauchen dabei auch ein neues Verständnis für die Natur der Flucht und die aus der Situation erwachsenen Chancen für die Entwicklung unserer Gesellschaft. Kriegsflüchtlinge und politisch Verfolgte brauchen Nothilfe und eine Chance zur Neuorientierung. Keinesfalls wollen alle bleiben, gerade Kriegsflüchtlinge wollen nach Klärung der Situation ins Heimatland zurück. Die Zeit bei uns sollten sie durch Ausbildung und Zugang zum Arbeitsmarkt aktiv nutzen können. Das hilft auch uns, denn das macht die Lasten erträglicher und politisch leichter vermittelbar, wenn sich Flüchtlinge zumindest teilweise selber versorgen können.

Angesichts der Schrumpfung der europäischen Bevölkerung sollte es auch attraktiv sein, viele der heutigen Flüchtlinge als dauerhafte Staatsbürger zu integrieren. Dies erfordert allerdings die Bereitschaft, sich mit ihrem kulturellen Kapital auf unsere Werte und Institutionen einzulassen.

Krieg und Verfolgung sind andere Kategorien als Armut. Aber auch für Wirtschaftsflüchtlinge braucht Europa neue Konzepte. Hier ist ebenfalls eine durchdachte Öffnung vielversprechend: Etwa die Vereinbarung zirkulärer, temporärer Arbeitsmigration mit afrikanischen Partnerländern oder die Entwicklung einer gemeinsamen Wirtschaftszone für den Mittelmeerraum.